

neuen Mut und Leben mit neuer Hoffnung den neuen und großen Widern entgegen. Während wir hierfür danken, dürfen wir nicht vergessen, in der Erfüllung dieser Pflichten die göttliche Führung zu haben und die göttliche Gnade für alle Kritiker in Fanden und Wollen zu erlösen, daß in allem, was wir tun, wir die Bande der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung zu stärken, auf denen wir neue Gebäude des Friedens unter den Nationen aufzubauen hoffen müssen.

Clemenceau und Wilson.

Amsterdam, 20. Nov. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: „Daily Mail“ berichtet aus Paris, man erwarte, daß Clemenceau zum dauernden Vorsitzenden des Friedenskongresses gewählt werden wird, und daß Wilson erkorrt werden wird, bestimmte Sitzungen, vermutlich, vor allem die Eröffnungsfeier zu leiten.

Deutsch-Oesterreich.

Wien, 18. Nov. (WB.) Die heute zusammgetretene provisorische oberösterreichische Landesversammlung beschloß einmütig eine Erklärung, nach welcher Oberösterreich Kraft des Selbstbestimmungsrechts mit gleichen Rechten den Ländern Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Festschlesien und den Sudetenländern als ein Glied des Staates Deutsch-Oesterreich zur Seite tritt. Die provisorische Landesversammlung erkennt die Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs als oberste staatliche Gewalt an, nimmt ihren Beschlüsse über die Erklärung Deutsch-Oesterreichs als Republik zu und heißt insbesondere die Schritte willkommen, die unternommen wurden, um Deutsch-Oesterreich in den Verband des Deutschen Reiches einzufügen.

Die Urheber des Weltbrandes.

Reitheim, 18. Nov. (WB. Reichsanzeiger.) „Vor- und Nachbarn“ bringt in der Sonntagsummer zwei bemerkenswerte Artikel, in denen energig Stellung genommen wird gegen besonders in vorerwähnten Kreisen verbreitete Tendenzen, Deutschland die Schuld für den Krieg in die Schuhe zu schieben und das deutsche Volk für alle Leiden der letzten Jahre verantwortlich zu machen. Während der bekannte nervöse Philologe Welles im Allgemeinen unter scharfen Angriffen auf die norwegischen Feinde gegen Deutschland, die ihre Schenkstrafe und ihren hoch arzen Deutschland auch jetzt erschrecken zur Schau tragen, seiner Einführung über dieses unwürdige Verhalten Ausdruck gibt und ein solches Einsehen dieser „Schuld“ auf Deutschland und die Deutschen“ fordert, legt der „Reichsanzeiger“ ins Raabe in einem kürzeren Artikel „In Deutschland der allein Schuldige“ an Hand des analitischen Urkundenmaterials fest, in wie hohem Grade die Entente-Mächte und ihre Staatsmänner durch ihre deutschfeindliche Politik während der letzten Jahre vor dem Kriege, insbesondere seit dem Marokkoinciden von 1904 folkmäßig den Grund zu dem großen Weltbrand gelegt hätten.

Die Aufgaben der Nationalversammlung.

Im „Vorwärts“ bepricht das Mitglied der Reichsregierung Scheidemann die Frage der Nationalversammlung und tritt der Auffassung entgegen, als ob diese Nationalversammlung eine Rückwärtsbewegung der Erwaenenschaften der Revolution vornehmen werde. Man ache überhaupt nicht in der Annahme, daß die Nationalversammlung die Aufgabe habe, eine Art amtliches Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Revolutionen tragen ihr Recht und ihre Notwendigkeit in sich und haben es nicht nötig, sich erst beschuldigen zu lassen. Die Aufgabe der Nationalversammlung wird es nach Scheidemanns Ansicht sein die neue deutsche Republik nach außen hin verfassungsmäßig und nach innen nach der wirtschaftlichen Seite hin geschäftsfähig zu machen. Scheidemann schärdert dann im einzelnen die Aufgaben der Nationalversammlung, so vor allem die finanzielle Sicherstellung des Reiches. Es müße unbedingt ein schelmfähiger, den inneren und äußerlichen Schülern gegenüber rechtswähliger Weg zu neuer Selbstbestimmung gefunden werden, aber man dürfe nicht glauben, daß die Nationalversammlung ein Heilmittel gegen alle Schäden sei. Sie kann nur gewählt werden von einem Volk, das aus sich heraus die Geschmähigkeit seiner Zustände bis zu ihrem Zusammenbruch hochgehört hat und der Anarchie nicht erliebt hat die notwendigen Grundlagen einer solchen Gemeinschaft zu schaffen. Aber auf der Grundlage solcher Selbstbestimmung wird sie einen verhältnismäßig günstigen Blick auf unsere Feinde werfen, die neue Staatsform im Innern ausbauen und vor allem die Volkswirtschaft wieder richtig ins Leben rufen. Kein politisches und kein wirtschaftliches Gebot ohne Nationalversammlung, das muß die Parole für die Reichsleitung sein.

Die Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 19. Nov. Der Staatssekretär Dr. Bruch empfing den Mitarbeiter der „Parlamentarischen Korrespondenz“ und sagte über die Wahlen zur Nationalversammlung:

Alle Mitglieder der Reichsregierung sind sich über die unbedingte Notwendigkeit der denkbar schnellsten Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung vollständig einig. Unsere öffentliche Meinung darf darüber bezweifeln sein. Ob der 2. Februar als Wahltermin eingehalten werden kann, hängt einfach von der Möglichkeit ab, die technischen Schwierigkeiten bis dahin zu überwinden. Diese Schwierigkeiten sind gemäßig. Nach einer ersten Schätzung werden etwa 40 Millionen Wähler an die Urne treten. Den Wahlstatistiken kann leider nur die Volkszählung von 1910 zu Grunde gelegt werden, weil die im Kriege veranlassenen Volkszählungen für diese Zwecke unzuverlässig sind. Das heißt zu beschließende Wahlrecht gilt selbstverständlich nur für die konstituierende Nationalversammlung.

die für die ihr folgenden legislierenden Nationalversammlungen das endgültige Wahlrecht erst zu bestimmen haben wird. Deshalb muß auf die besondere Schwerkraft dieser ersten Wahl Rücksicht genommen werden. Ebensolange wie an eine Versammlung des Wahltermins wird irgendwie an eine Ueberkürzung gedacht, um etwa einer Partei die Zeit zu ihrer Wahlarbeit zu verkürzen. Die Wahlen zur Nationalversammlung sollen nicht um jeden Preis am 2. Februar stattfinden, aber der einmal gewählte Termin soll endgültig bleiben und nicht wieder verdrängt werden. Ich hoffe von ganzer Seele, daß die Nationalversammlung, deren Hauptaufgabe die neue Verfassung der jungen Republik ist, jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau fest und einig an das Vaterland binden wird. Die nationale Einheit Deutschlands nach all den gemachten äußeren und inneren Ereignissen nicht nur unverbrüchlich festzuhalten fordern in freien und freien Formen noch härter zu entwickeln und auszuhalten, das ist zur Zeit das höchste und wichtigste Anliegen jedes einzelnen Deutschen und des ganzen deutschen Volkes. Für uns kann es keinen fürchterlicheren Gedanken geben als die Gefahr, daß in dem Augenblick, wo sich draußen die staatliche Welt auf Grund der Nationalitätsprinzipien neu gestaltet, der Zusammenhalt des deutschen Nationalstaates bedroht sein könnte. Damit würde das deutsche Volk wiederum zum Achtenbrüder unter den Völkern werden, und auch die jüdische Freiheit würde auf das schwerste gefährdet. Durch die Beilegung der damaligen Hermsfälle haben sich die Voraussetzungen für eine Stärkung deutscher Einigkeit bedeutend verschlechtert. Die Nationalversammlung der deutschen Republik muß verstehen, daß der Volkswille der deutsche Nationalstaat ist, sonst sind die politischen und wirtschaftlichen, die materiellen und idealen Interessen jedes Deutschen in Nord und Süd, in Ost und West gleichmäßig schwer bedroht.

„Gegen die verdächtige Sendlinge“.

Der Vorstand der Zentralkommission wendet sich mit einem Aufruf an die Wähler. Er rief sie zu einer Einigkeit gegen die Radikalisierung der Sendlinge, der zu einer radikalen Mittelschicht, zu Suspensivität und Abhängigkeit führen müße. Die Zentralkommission der Einigkeit führender Parteiführer in die provisorische Regierung, verlangt aber, daß den nordischen Interessenten Einigungen jeder Art auf die Behandlung innerösterreichischer Angelegenheiten verzichtet wird, auch auf dem Wege über die Arbeiter- und Soldatenräte. Ueber sehr Leichtfertigkeiten haben wir den preislichen Sichel am Kommando unserer dachlichen Truppen getragen. Es ist vorbei! Wir lassen die preisliche Vorkühne nicht abfallen durch den Berliner Radikalismus und seine brutale Gewalttätigkeit. Sodann wird die Bildung von Parteien, Bünde, Beamtens- und Frauenvereine und die Einziehung aller eventuellen Kriegsgewinne mindestens von 100 000 aufwärts gefordert.

Die Lebensmittellieferung Deutschlands.

Stohelm, 20. Nov. (WB.) „Sonntag-Dagblatt“ betont in einem Leitartikel die Notwendigkeit, daß die Entente Deutschland Lebensmittel liefere. Das Blatt führt aus, Wilson habe nur einem demokratischen Deutschland Zutreten in Aussicht gestellt, nicht aber einem bolschewistischen. Man müsse aber bedenken, daß der Bolschewismus eben deshalb entstehen konnte, weil Nahrungsmangel herrsche. Es sei daher schwer, zwischen Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Dann fährt das Blatt fort: Eberts Vorstellungen gegenüber amerikanischen Pressevertretern zeugen für eine freundliche Stimmung, die sich deutscherseits besonders gegenüber dem amerikanischen Präsidenten geltend macht. Auf ihn vor allem vertraut das deutsche Volk, wenn es gilt eine Erleichterung zu suchen. Es wird sich nicht leicht bewähren, was schon gesagt wurde, daß nämlich Wilson Deutschland besser Freund auf dem Friedensweg werden wird. Das traurige Bild der Zustände in Europa, welches der Amerikaner Hoover entworfen hat, spricht für sich selbst und daß es gerade von dieser Seite veröffentlicht wurde, deutet darauf hin, daß man es dort mit seinen Vorbedingungen wirklich ernst meint. Galt Amerika entschlossen auf dem Wege der Vermählung mit Unterstützung seiner früheren Feinde und den Neutralen voran zu können die Alliierten in Europa solche Befreiungen nicht zuzulassen. Die mächtigen Vereinigten Staaten haben jetzt eine größere Autorität als je, ihren Willen durchzusetzen.

Norwegische Fische.

Reitheim, 17. Nov. (WB.) „Sozialdemokraten“ veröffentlicht eine Eingabe der Leitung der schwedischen Arbeiterpartei an die norwegische Regierung, worin diese aufgefodert wird, bei den Entente-Mächten auszusprechen, daß Norwegen Gelegenheit gegeben werde, so reich wie möglich außer den gemäßig des Abkommens mit Amerika selbstgeleiteten Mengen von Lebensmitteln diejenigen Schwärze, namentlich Fischprodukte, an denen Norwegen selbst noch Ueberflus habe, an die deutsche notleidende Bevölkerung, die einer solchen Hilfe dringend bedürfte, zu senden. Gerade das allgemein bekannt ist, daß die norwegische Bevölkerung während des Krieges mit den früheren Wohlstand Deutschlands keineswegs sympathisiert habe, gelte es jetzt, dem neuen freien Deutschland über die schwierigste Zeit hinwegzuhelfen.

Brotdes Bolschewismus.

Es ist kein Zweifel, daß uns von unseren bisherigen Feinden Hilfe in der Ernährung nur kommen wird, wenn es gelingt den Bolschewismus der Sparteisleute niederzuhalten. In Wilsons Note kommt diese Voraussetzung deutlich genug zum Ausdruck. Auch in den maßgebenden Stellen der deutschen Regierung ist man der Ueberzeugung, daß die von der Entente und den Vereinigten Staaten in Aussicht gestellten Verpfichtungen für die deutsche Ernährung und auch die Milderung der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen lediglich mit Rücksicht auf die Zusammenziehung der letzten deutschen Regierung zugefagt

morden sind, eine gegenwärtige Regierung Ebert-Daase gemäßigste Ordnung und Sicherheit und bürge der Entente und den Vereinigten Staaten für eine verständlichste Regelung der schwebenden Fragen und für vernünftige Friedensbedingungen. Sollte es dem Bolschewismus gelingen, diese Regierung zu stürzen, so würde zweifellos die Entente alle verordneten Erleichterungen als linksfällig erachten, den Waffenstillstand kündigen und in Deutschland einziehen. Damit würden dann die Wirkungen eintreten, die sich aus einer völlig zerstörten Ernährungswirtschaft in Verbindung mit feindsüchtiger Besetzung ergeben müßten.

Auch die „Sozialistische Korrespondenz“ macht auf diese Lage der Dinge aufmerksam und schreibt:

Die Entente läßt auch nicht den mindesten Zweifel, daß sie ein Uebergeizen des Bolschewismus auf Deutschland mit allen Mitteln verhindern will. Und die Reichsleitungen, die als diese Warnungen nicht achten zu müssen glauben, müssen doch vor der neuesten Note Halt machen, die Lanfing im Auftrag Wilson an die deutsche Regierung gerichtet hat und in der die Sendung von Lebensmitteln ausdrücklich davon abhängig gemacht wird, „daß in Deutschland nachweislich die öffentliche Ordnung besteht und fortbestehen wird und daß eine gerechte Verteilung der Lebensmittel nachweislich verbürgt werden kann.“ Diese ausdrücklichen Erklärungen bestätigen die vertraulichen Nachrichten, die der Reichsregierung aus dem neutralen Ausland seit Sonntag zugegangen sind und in denen mit äußerster Schärfe die Erleichterung der deutschen Volksernährung von der Verminderung des Bolschewismus abhängig gemacht wird. Diese Informationen gehen jenseit mit dem Einziehen der ententelichen Truppen im Falle eines Sieges Niederkicks zu drohen und diese fürchterliche Möglichkeit sogar dann schon in Aussicht zu stellen, wenn die russische Gesellschaft unter Joffes Führung aus Ruß nach Deutschland zurückkehren sollte. Charakteristischerweise wird hinzugefügt, daß die ententelichen Besatzungstruppen das Leben der bolschewistischen Vertreter in Deutschland nicht verbürgen können!

Die Erwartungen der Extremen, daß auch in den Entente-Ländern revolutionäre und schließlich bolschewistische Bewegungen um sich greifen würden, Erwartungen, die eine völlige Verleugnung der Widersprüche in diesem Kriege ängstlichen Volkes bedeuten, lehnt auch diese Korrespondenz ab:

„Ein Umsturz in den Entente-Ländern als unmittelbare Folge der deutschen Revolution ist nicht zu erwarten. Die Entente der „Weltzeitung“ über die Ermordung des Feldmarschalls Joffe und die Hinführung der roten Jüden auf englischen Schiffen verlieren keine Beachtung. Die herke soziale Bewegung in den Entente-Ländern wird allgemein friedlich verlaufen. Denn die Entente-Länder haben sämtlich Land, um den heimischen Arbeitssammler zu entlassen und unter dem gegenwärtigen Schutz der eigenen Flotte neue Heimstätten zu gründen. Sie müssen auch Deutschland Siedlungsland für den Abfluß der industriellen Reservearmee gemähren, wenn sie wollen, daß die soziale Entwicklung sich hier ruhig vollzieht.“

Wie die Dinge liegen hat also das deutsche Volk die Wahl, ob es aus den Mägen des Krieges und ihren Nachwirkungen möglichst glänzlich herauskommen oder durch Entfestigung der Anarchie zunächst noch das Schlimmste herauszufinden lassen will. Die Frage steht: Brot oder Bolschewismus. Die Tatsache, daß sich die Spartakusgruppe für letzteren entschieden, sollte eigentlich zu ihrer Beurteilung für jeden Vernunftbegabten genügen.

Scheidemann über den Hungerkrieg.

Das Mitglied der Reichsleitung Scheidemann erklärte einem Vertreter der „Continental Times“:

Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten hat am 11. November vor dem Kongress erklärt, daß die Alliierten beschließen, die Lebensmittel und Lebensmittel zu versetzen. Das deutsche Volk anerkennt diese Friedensnot und hofft auf schnelle Erfüllung des Versprechens. Was wir dazu tun können, geschieht: eine Kommission wird sich unverzüglich um amerikanischen Geländen im Saag begeben, um eine Verpfichtungen der von dem Präsidenten in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und notwendigen Sendungen in die Wege zu leiten, aber heute, in der hoffentlich letzten Stunde unseres Martyriums, das angeht, der vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen vielleicht nur durch ein neues Schlimmeres abgesehen wird, muß für immer der Welt festgesetzt werden: Noch nie ist ein Krieg, grauenerregend und noch nie im Rahmen eines Krieges der Kampf gegen Leben und Gedulden eines Volkes so unheimlich und nachhaltig geführt worden wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat. Die Verlustziffern sind selbst im Vergleich zu den blutigen Verlusten aller Völker unvorstellbar. Was aber auf die Dauer an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Erfahrungen sehen, die bei unseren Müttern und Säuglingen gemacht wurden. Siebenzig Prozent aller Schwangeren und Gebärenden sind unterernährt und kommen so auszunutzen in die Klinik, daß kein Eisenrost vor ihnen sicher ist. Unterernährung und Blutarmut haben einen solchen Umfang angenommen, daß die jüngste Grippeepidemie neben 20 a. H. aller Schwangeren und Wöchnerinnen hingerafft hat. Die Kinder können von den Müttern nicht gepflegt werden, so daß wir eine Sterblichkeit von mindestens 30 a. H. bei den ehelichen Kindern und 60 a. H. bei den unehelichen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland tatsächlich der schreckliche Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmsten Bevölkerung eine vollkommenen, die schwersten Opfer fordernde Hungersnot haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Werke des Volkes weiter wütht. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst umfassende Ernährung und damit Neubelebung der Arbeitskraft bedeuten.

Wie recht wir hatten, als wir vor Uebertriebenen Hoffnungen gegen unsere Lebensmittellieferung durch die Feinde

